DREBKAUER AMTSBLATT



Amtsblatt für die Stadt Drebkau

mit den Ortsteilen Casel, Domsdorf, Drebkau, Greifenhain, Jehserig, Kausche, Laubst, Leuthen, Schorbus und Siewisch

Jahrgang 17

Samstag, den 17. Februar 2018

Nummer 4/2018

Inhaltsverzeichnis

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Stadt Drebkau

- Bekanntmachung der Wahlleiterin über die Sitzung des Wahlausschusses Seite 2

Amtliche Mitteilungen

Mitteilungen der Stadt Drebkau

- Antrag auf Erteilung einer Ausnahmezulassung zum Abbrennen eines Traditionsfeuers
- Erreichbarkeit der Ortsvorsteher/innen
- Stellenausschreibung Sachbearbeiterin/ Sachbearbeiter Liegenschaften

Amtliche Mitteilungen der anderer Behörden

 Mitteilung des Wasser- und Bodenverbandes "Oberland Calau" zur Einstellung von 2 Auszubildenden für den Beruf der/des Wasserbauerin/ Wasserbauers zum 01.08.2018

Seite 8

Seite 2

Seite 7

Seite 7

Das Drebkauer Amtsblatt erscheint 14-täglich, jeweils in den ungeraden Wochen und wird kostenlos an alle Haushalte in der Stadt Drebkau mit ihren Ortsteilen Casel, Domsdorf, Drebkau, Greifenhain, Jehserig, Kausche, Laubst, Leuthen, Schorbus und Siewisch verteilt.

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Drebkau Dietmar Horke

Verantwortlich: Der Bürgermeister der Stadt Drebkau Dietmar Horke, Spremberger Straße 61, 03116 Drebkau, Telefon: (03 56 02) 5 62 - 0

Druck und Verlag: Druck+Satz, GbR Mayer und Lorz, Gewerbestraße 17, 01983 Großräschen, Telefon (035753) 17703

Betriebsleiter: Klaus-Dieter Pernack, E-Mail: pernack@drucksatz.com

Für nicht gelieferte Zeitungen infolge höherer Gewalt oder anderer Ereignisse kann nur Ersatz des Betrages für ein Einzelexemplar gefordert werden. Weitergehende Ansprüche, insbesondere aus Schadensersatz, sind ausdrücklich ausgeschlossen. Außerhalb des Verbreitungsgebietes kann das Drebkauer Amtsblatt zum Abo-Preis in Höhe von 2,50 € (inklusive Mehrwertsteuer) oder per PDF zu einem Preis von je 1,00 € über den Verlag bezogen werden.

MPRESSUM

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Stadt Drebkau für die Stadt Drebkau

Bekanntmachung der Wahlleiterin über die Sitzung des Wahlausschusses

Die Sitzung des Wahlausschusses zur Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge zur Wahl der/ des hauptamtlichen BürgenneisterinlBürgenneisters der Stadt Drebkau am 22. April 2018 findet gemäß § 37 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG) und § 38 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV)

am Donnerstag, den 22. Februar 2018

um 16.00 Uhr

im Beratungsraum der Stadtverwaltung Drebkau

(Eingang über den Personalparkplatz),

Spremberger Straße 61 in 03116 Drebkau statt.

Der Wahlausschuss verhandelt und entscheidet in öffentlicher Sitzung. Jede Person hat Zutritt zu der Sitzung. Die Wahlleiterin ist gemäß § 4 Absatz 1 BbgKWahlV befugt, Personen, die die Ruhe und Ordnung stören, aus dem Sitzungsraum zu verweisen. Der Wahlausschuss ist nach § 16 Absatz 3 BbgKWahlG beschlussfähig, wenn außer der Wahlleiterin mindestens zwei weitere Mitglieder anwesend sind.

D. huw. Ummer

D. Menzel-Neumann Wahlleiterin für die Stadt Drebkau

Ende der amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Drebkau

Mitteilungen der Stadt Drebkau

Holzfeuer im Freien

Mit diesem Artikel informieren wir Sie, was Sie beim Abbrennen eines Holzfeuers im Freien beachten müssen.

10 goldene Regeln

- Die Obergrenze für Höhe und Durchmesser des Brennstoffhaufens beträgt 1 Meter
- Nur trockenes und naturbelassenes Holz verwenden
- Bei anhaltender Trockenheit oder starkem Wind kein Holzfeuer entzünden
- · Abfälle gehören niemals ins Holzfeuer
- Holzfeuer mit Holzspänen oder Kohlen- bzw. Grillanzünder entfachen
- Löschmittel immer bereithalten (z.B. Wasser, Sand, Feuerlöscher)
- "Brandbeschleuniger" wie Benzin, Verdünnung, Spiritus niemals verwenden, Explosionsgefahr!!!
- Die Feuerstelle stets im ausreichenden Abstand zu Gebäuden und brandgefährdeten Materialien anlegen
- Bei starker Rauchentwicklung oder Funkenflug Feuer unverzüglich löschen
- Feuer immer bis zum Erlöschen der Glut beaufsichtigen

Beim Abbrennen eines Holzfeuers im Freien sind verschiedene Rechtsvorschriften zu beachten. Unter anderem sind dies: Das Landesimmissionsschutzgesetz (LlmschG) § 7 besagt: "Das Verbrennen sowie das Abbrennen von Stoffen im Freien ist untersagt, soweit die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit hierdurch gefährdet oder belästigt werden können". Bei Einhaltung der in diesem Artikel gegebenen Tipps und Ratschläge für kleine Holzfeuer sind in der Regel Gefährdungen und Belästigungen nicht zu erwarten.

Verstöße gegen die genannten Vorschriften stellen Ordnungswidrigkeiten dar und können mit empfindlichen Geldbußen geahndet werden

- * Zu Punkt drei, Richtwerte zur Auslegung "anhaltende Trockenheit" Unter den besonderen Bedingungen der Brandgefahr in unseren Wäldern und der vorbeugenden Überwachung der Waldgebiete von den Feuerwachtürmen sind ab ausgerufener Waldbrandgefahrenstufe I die Bedingungen einer anhaltenden Trockenheit erfüllt.
- * Richtwerte zur Auslegung "starker Wind" Bei gleicher Gefahrenbetrachtung für unser Territorium sowie bei Bewertung des Versicherungsgrenzwertes ist die Bedingung "starker Wind" ab einer Windgeschwindigkeit von 8 m/s erfüllt.

Absender:	Interne Vermerke!
	Eingang: Bescheidnummer:
Stadt Drebkau Bau-, Haupt- und Ordnungsamt Spremberger Straße 61 03116 Drebkau	
Antrag auf Erteilung einer Ausnahmezulassung zum Al (Osterfeuer)	bbrennen eines Traditionsfeuers
Hiermit beantrage(n) ich (wir) für den in der Z	Zeit von Uhr bis Uhr auf
dem Grundstück	
Name und Anschrift des Veranstalters:	3336
Name, Anschrift, Telefon-Nr. und Handy-Nr. des Verantw	vortlichen vor Ort:
 Die Veranstaltung ist öffentlich: ja / nein Der Ausschank von Getränken bzw. die Ausgabe v ja / nein (gilt nur für öffentliche Veranstaltungen) Die Bewachung des Brennmaterials erfolgt: ja / nein 	
Name, Vorname, Telefon-Nr.:	
 Der Aufbau / das Aufschichten des Brennmaterials (frühestens 48 Stunden vor den Beginn des Abbret Der Abbrennplatz befindet sich in einem Abstand voder zu Lagerplätzen brennbarer pflanzlicher Erzet (Die Genehmigung des Amtes für Forstwirtschaft f Vorlage der Einverständniserklärung des Grund 	nnens). von mehr als 100 m von Wäldern, Heiden agnisse: ja / nein. füge ich ggf. bei.)
Die Richtlinie zur einheitlichen Erteilung von Genehmigun (Anlage 1 und 2) zu diesem Antrag habe(n) ich (wir) zur K	•
Nichtzutreffendes bitte streichen!	
Ort, Datum, Unterschrift Antragsteller Unterschrift Ortswehrf	ührer Unterschrift Ortsvorsteher

Vor Abgabe des Antrages sind <u>alle erforderlichen</u> Unterschriften einzuholen! Der Antrag ist <u>vollständig</u> auszufüllen.

Hinweise zum Osterfeuer

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wie bereits in den vergangenen Jahren praktiziert, möchte ich Ihnen den Hinweis geben, dass die Anträge zur Durchführung eines Osterfeuers bis spätestens zum 02.03.2018 beim Bau-, Haupt- und Ordnungsamt der Stadt Drebkau einzureichen sind. Auf Grund von Weitermeldungen an die Leitstelle .Lausitz" und an das Polizeirevier Spremberg können spätere Anträge nicht berücksichtigt werden.

Für die Versorgung (Ausschank von alkoholischen Getränken) verwenden Sie bitte den Antrag eines vorübergehenden Gaststättenbetriebes (Gagev) - erhältlich bei Frau Jurischka-Drobig, Bau-, Haupt- und Ordnungsamt (Zimmer 14).

Der Antrag ist **14 Tage** vor der Veranstaltung (spätestens bis zum **15.03.2018** beim Bau-, Haupt- und Ordnungsamt, SG Gewerbe einzureichen.

Die Genehmigung der Osterfeuer ist gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt 10,00 €.

Asche und nicht verbrannte Rückstände sind vorschriftsmäßig zu entsorgen. Der Entsorgungsnachweis ist sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen.

D. Menzel-Neumann Leiterin des Bau-, Haupt- und Ordnungsamtes

Anlage (1)

Richtlinie zur einheitlichen Erteilung von Genehmigungen zum Abbrennen von Traditionsfeuern (vornehmlich Osterfeuer) durch die örtlichen Ordnungsbehörden

Außerhalb der Regelungen des Landesumweltamtes Brandenburg zur Genehmigungsfreiheit von Holzfeuem im Freien ist das Verbrennen und Abbrennen von Stoffen im Freien grundsätzlich untersagt. Entsprechend § 7 Abs. 2 Landesimmissionsschutzgesetz (LImschG) vom 22.07.1999 (GVBI I/99 S. 386), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 28.06.2006 (GVBI. I/06 S. 74, 82) kann die zuständige Behörde, dies sind gemäß § 21 LImschG die örtlichen Ordnungsbehörden, auf Antrag Ausnahmen von dem Verbot zulassen.

Anforderungen an den Antrag:

- Benennung von Tag, Ort und beabsichtigten Durchführungszeitraum.
- Name und Anschrift des Antragstellers sowie des Verantwortlichen sind anzugeben.
- Telefonische Erreichbarkeit (vollständige Rufnummer) des Verantwortlichen für den Zeitraum der Durchführung des Traditionsfeuers.
- 4. Erfolgt der Ausschank von alkoholischen Getränken?
- Wird die Durchführung des Traditionsfeuers als öffentliche Veranstaltung beantragt, so sind die Anzahl und Namen der Sicherheits- oder Ordnungskräfte und der Beginn ihres Einsatzes anzugeben.
- Wird eine Bewachung des Brennmaterials durchgeführt, so muss eine dieser Personen ebenfalls telefonisch erreichbar sein. Der Name und die entsprechende Rufnummer sind anzugeben.
- Die Anträge sind grundsätzlich 3 Wochen vor dem beabsichtigten Durchführungstermin bei der zuständigen Ordnungsbehörde einzureichen. Sie bedürfen der Schriftform.

Sicherheitsrelevante Mindestanforderungen

- Das Traditionsfeuer muss einen Abstand von mindestens 100 m zu Wäldern und Heiden oder zu Lagerplätzen brennbarer pflanzlicher Erzeugnisse (z.B. Stroh- oder Heudiemen) haben. Eine Verringerung des Abstandes zum Wald ist gemäß § 23 Abs. 1 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBI. I/04 S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.06.2007 (GVBI. I/07 S. 106, 108) nur in Ausnahmefällen nach zusätzlicher Genehmigung durch die Untere Forstbehörde statthaft.
- 2. Zu bestehenden Gebäuden muss ein Sicherheitsabstand von mindestens 10 m bei einem Durchmesser des aufgeschichteten Brennmaterials bis 5 m in und einer Höhe von nicht mehr als 3 m gewährleistet werden. Werden der Durchmesser und / oder die Stapelhöhe überschritten, so ist ein Mindestabstand von 50 m einzuhalten. Das Aufstellen von Stämmen (gleich

- welcher Durchmesser) in dem abzubrennenden Haufen mit einer Länge, welche den Durchmesser und / oder die Höhe des Haufens überschreitet, ist unzulässig.
- 3. Nach dem Anzünden des Brennmaterials bis zum vollständigen Verlöschen des Feuers ist eine Annäherung von Personen zum Feuer mindestens bis auf eine Entfernung, die der Höhe des aufgeschichteten Brennmaterials entspricht, auf geeignete Weise (z.B. Festlegung und Kennzeichnung des Sicherheitsabstandes durch Absperrbänder) zu verhindern. Dieser Bereich darfnur von den Sicherheitsoder Ordnungskräften betreten werden.
- Es dürfen grundsätzlich nur nichtkompostierbare pflanzliche Abfälle verbrannt werden. Mit dem Aufschichten des Brennmaterials darf frühestens 2 Tage vor dem beabsichtigten Termin der Durchführung begonnen werden.
- Bei Feuerstellen auf Flächen mit brennbarem Bodenbewuchs ist um das aufgeschichtete Brennmaterial ein Wundstreifen anzulegen. Die Breite muss mindestens einem Drittel der Stelle des stärksten Durchmessers des aufgeschichteten Brennmaterials entsprechen.
- Wird weiteres Brennmaterial bevorratet, so hat die Lagerung / Aufbewahrung so zu erfolgen, dass Gefährdungen ausgeschlossen sind.
- Das Abbrennen des Traditionsfeuers hat unter ständiger Aufsicht zu erfolgen. Am Tag der Durchführung sind in unmittelbarer Nähe der Feuerstelle geeignete Kleinlöschgeräte (z.B. Schaufel, Spaten oder Handfeuerlöscher "Nass") bereitzuhalten.
- 8. Durch den Antragsteller sind Sicherheits- und Ordnungskräfte namentlich zu benennen. Sie sind nachweislich in ihre Aufgaben einzuweisen. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung selbst überwacht. Ist das Traditionsfeuer der Allgemeinheit zugänglich, so sind die Sicherheits- und Ordnungskräfte entsprechend zu kennzeichnen. Der Antragsteller oder eine von Ihm benannte Sicherheits- oder Ordnungskraft muss mit einem Mobiltelefon ausgerüstet sein; dies gilt nicht, wenn sich in der Nähe ein Telefon befindet, über welches Notrufe abgesetzt und die Behörden Rücksprache mit dem Verantwortlichen nehmen können. Die entsprechende Rufuummer ist aufdem Antragsformular anzugeben.
- 9. Parkplätze sind unter Beachtung der StVO so anzulegen und zu kennzeichnen, dass eine Gefährdung der abgestellten Pkw durch das Feuer ausgeschlossen wird. Die Anlage hat so zu erfolgen, dass eine mindestens 3 m breite geradlinige Zufahrtsmöglichkeit für Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Feuerwehr, der Polizei oder anderer Behörden zur Feuerstelle ständig freigehalten wird. Die Parkplätze und freizuhaltenden Zufahrtsmöglichkeiten sind in einem Lageplan, welcher Anlage des Antrages sein muss einzutragen.
- Zum Ende des Traditionsfeuers ist das Feuer vollständig abzulöschen. Ein erneutes Aufflammen von eventuell noch

- nicht verbranntem Brennmaterial oder von Glut ist dauerhaft auszuschließen.
- 11. Asche und nicht verbrannte Rückstände sind vorschriftsmäßig zu entsorgen. Ein entsprechender schriftlicher Nachweis über die Entsorgung der Brandabfälle /Brandreste ist sorgfältig aufzubewahren. Unbeschadet der vorgenannten Regeln gelten bei ausgelösten Waldbrandgefahrenstufen am Tag der Durchführung nachfolgende Einschränkungen:

Ausgelöste Waldbrandgefahrenstufen I

Uhrzeit des frühesten Beginns

Winterzeit: 18:00 Uhr Sommerzeit: 19:00 Uhr

Uhrzeit des vollständigen Ablösehens

Winterzeit: 09:00 Uhr Sommerzeit: 09:30 Uhr

Ausgelöste Waldbrandgefahrenstufen II

Uhrzeit des frühesten Beginns

Winterzeit: 19:00 Uhr Sommerzeit. 20:00 Uhr

Uhrzeit des vollständigen Ablösehens

Winterzeit: 09:00 Uhr Sommerzeit: 09:30 Uhr

Ausgelöste Waldbrandgefalrrenstufen III

Uhrzeit des frühesten Beginns

Sommerzeit: 21:00 Uhr

Uhrzeit des vollständigen Ablöschens

Sommerzeit: 09:30 Uhr

Ausgelöste Waldbrandgefalrrenstufen IV

Uhrzeit des frühesten Beginns Sommerzeit: 21:00 Uhr

Uhrzeit des vollständigen Ablöschens

Sommerzeit: 09:30 Uhr

Ausgelöste Waldbrandgefalrrenstufen V

Uhrzeit des frühesten Beginns Sommerzeit: 21:00 Uhr

Uhrzeit des vollständigen Ablöschens

Sommerzeit: 09:30 Uhr

Achtung!

Bei ausgelöster Waldbrandgefahrenstufe V sind nachfolgende Anforderungen in Verantwortung des Antragstellers abzusichern.

- es ist eine ständige Bewachung des Brennmaterials durch mindestens zwei Personen mit geeigneten Kleinlöschgeräten zu gewährleisten
- die Aufsicht für das Abbrennen des Osterfeuers muss aus mindestens vier Personen bestehen. Jede dieser Personen muss mit geeigneten Kleinlöschgeräten ausgerüstet sein
- der Mindestabstand zu Gebäuden muss mindestens 50 m betragen
- die aufgeschichtete Höhe des Brennmaterials darf 4 m nicht übersteigen

Hinweise für den Antragsteller:

Grundsätzlich besteht kein Rechtsanspruch auf die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung.

Die örtlich zuständigen Ordnungsbehörden können aufgrund örtlicher Satzungen, von Beschlüssen der Kommunalvertretungen oder nach Prüfung des Einzelfalls zusätzlich zu den in dieser Richtlinie genannten Mindestanforderungen weitere Auflagen zur Bedingung einer Ausnahmegenehmigung erklären. Die Genehmigung kann von der Entrichtung einer Gebühr abhängig gemacht werden.

Die Genehmigung der Unteren Forstbehörde zur Verringerung des Mindestabstandes zum Wald ist in jedem Fall gebührenpflichtig. Wer sein Traditionsfeuer in einem Abstand kleiner als 100 m zum Wald entfachen will, benötigt zusätzlich eine Genehmigung der Unteren Forstbehörde (Amt für Forstwirtschaft Peitz). Dafür muss ebenfalls eine Gebühr entrichtet werden.

Anlage (2) zum Antrag auf Erteilung einer Ausnahmezulassung zum Abbrennen eines Traditionsfeuers

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Abbrennens eines Traditionsfeuers sind folgende Hinweise zu beachten und einzuhalten.

- Die Beantragung der Ausnahmezulassung hat drei Wochen vor dem Abbrenntermin zu erfolgen.
- Das Traditionsfeuer muss einen Abstand von mindestens 100 m zu Wäldern und Heiden oder zu Lagerplätzen brennbarer pflanzlicher Erzeugnisse (z.B. Stroh- oder Heudiemen) haben, eine Verringerung des Abstandes zum Wald ist gemäß § 26 Abs. 1 des Waldgesetzes Brandenburg (LwaldG) vom 17.06.1991 (GVBI. I S. 213) nur in Ausnahmefällen nach zusätzlicher Genehmigung durch die Untere Forstbehörde statthaft.
- Zu bestehenden Gebäuden muss ein Sicherheitsabstand von mindestens 10 m bei einen Durchmesser des aufgeschichteten Brennmaterials bis 5 m und einer Höhe von nicht mehr als 3 m gewährleistet werden. Wird der Durchmesser und/oder die Stapelhöhe überschritten, so ist ein Mindestabstand von 50 m einzuhalten.
- Wird das Traditionsfeuer nicht auf dem eigenem Grundstück durchgeführt, so muss die Einverständniserklärung des Grundstückeigentümers vorliegen.
- Es dürfen grundsätzlich nur nichtkompostierbare Abfälle verbrannt werden.

Es ist grundsätzlich verboten: alte Möbel

Pressspanplatten Polstermöbel Gummi. Plastik, brennbare Flüssigkeiten Farben und Lacke

zu verbrennen.

- Mit dem Aufschichten des Brennmaterials darf frühestens zwei Tage vor dem beabsichtigten Abbrenntermin begonnen werden.
- Um Feuerstellen auf Flächen mit brennbarem Bodenbewuchs ist um das aufgeschichtete Brennmaterial ein Wundstreifen anzulegen.
- Wird weiteres Brennmaterial bevorratet, so hat die Lagerung!Aufbewahrung so zu erfolgen, dass Gefährdungen ausgeschlossen sind.
- Das Abbrennen des Feuers hat unter ständiger Aufsicht zu erfolgen. Durch den VeranstalterNerantwortlichen sind während des Abbrennens ausreichend Kleinlöschgeräte wie Spaten, Schaufeln u.ä. bereitzuhalten.
- Ist der Einsatz von Sicherheits- oder Ordnungskräften erforderlich, so sind diese namentlich zu benennen und entsprechend zu kennzeichnen.
- Parkplätze sind so anzulegen und zu kennzeichnen, dass eine Gefährdung der abgestellten Fahrzeuge durch das Feuer ausgeschlossen ist und eine 3 m breite geradlinige Zufahrtsmöglichkeit für Fahrzeuge des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei gewährleistet ist (bei Bedarf ist ein Lageplan zu fertigen).
- Zum Ende des Traditionsfeuers ist das Feuer vollständig abzulöschen. Ein erneutes Aufflammen von eventuell noch nicht verbranntem Brennmaterial oder von Glut ist dauerhaft auszuschließen. Asche und nicht verbrannte Rückstände sind spätestens 3 Wochen nach der Durchführung des Traditionsfeuers vorschriftsmäßig zu entsorgen.
- Ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Ausnahmezulassung zum Abbrennen eines Traditionsfeuers besteht nicht.
- Bereits aufgeschüttetes Brennmaterial ist vor dem Abbrennen noch einmal umzuschichten.

Landkreis Spree-Neiße FB UmweltjSG UABB Heinrich-Heine-Str. 1 03149 Forst (Lausitz)

03149 Forst (Lausitz)		
Erklärung über die Entsorgung der Brandreste aus des Traditionsfeuers im Jahr		
Name/Anschrift Antragsteller:		
Ort der Feuerstelle:		
1.	Restmülltonne (Fotos der Restmülltonne mit Behälternum Name / Anschrift der Besitzer der Restmülltonne	nmer beilegen)
1.		Datum /Unterschrift
2.		Datum /Unterschrift
3.		Datum /Unterschrift
4.		Datum /Unterschrift
2. Entsorgungsfirma (Entsorgungsnachweis beilegen)		
Name /Anschrift		
Ta	g der Entsorgung:	
Menge:		
Da	tum:	Unterschrift:

Erreichbarkeit der Ortsvorsteher/innen

Ortsteil Casel Telefonisch erreichbar unter 0175 2935931 oder 035602 22024

Ortsvorsteherin Frau Sabine Rescher

Ortsteil Domsdorf Telefonisch erreichbar unter 035602 986 oder 0175 2939889

Ortsvorsteher Herr Hans Jürgen Kubaczyk oder in dringenden Fällen

Herr Siegfried Krengel 035602 20814

Ortsteil Drebkau Telefonisch erreichbar unter 0175 2935929

Ortsvorsteher Herr Torsten Richter

Ortsteil Greifenhain Telefonisch erreichbar unter 035602 21934 oder 0175 2940522

Ortsvorsteherin Frau Ilona Höfig

Ortsteil Jehserig Telefonisch erreichbar unter 0157 58248732 oder 035602 21662

Ortsvorsteherin Frau Petra Nowka

Ortsteil Kausche Telefonisch erreichbar unter 0151 14538921

Ortsvorsteher Herr Steffen Junge

Ortsteil Laubst Telefonisch erreichbar unter 0175 2942012

Ortsvorsteherin Frau Ute Schmidt

Ortsteil Leuthen Telefonisch erreichbar unter 035602 23536

Ortsvorsteher Herr Hans-Eberhard Heßmer

Ortsteil Schorbus Sprechstunde jeden 2. und 4. Do im Monat in der Zeit von 18.00 – 19.00 Uhr im Vereinshaus Schorbus

Telefonisch erreichbar unter 0151 40790233

Ortsvorsteher Herr Frank Schätz

Ortsteil Siewisch Telefonisch erreichbar unter 0175 2943092

Ortsvorsteher Herr Wolfgang Just

Stellenausschreibung

Die Stadt Drebkau sucht zum 15.03.2018 eine/ einen

Sachbearbeiterin/ Sachbearbeiter Liegenschaften.

Es handelt sich um eine Vollzeitstelle.

Das Arbeitsverhältnis bestimmt sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 9a.

Ihre Aufgaben:

- Vorbereitung von Käufen, Verkäufen und Tauschangelegenheiten des kommunalen Grundvermögens
- Vermögenszuordnung kommunaler Flächen
- Vergabe von Vermessungsleistungen
- Abschluss von Miet- und Pachtverträgen; Führung von Betriebskostenabrechnungen
- Pflege der Daten des Liegenschaftskatasters
- Abstimmung der Planung, des Baus und der Unterhaltung von Anlagen des Wasserbaus
- Wahrnehmung der Aufgaben der kommunalen Straßenunterhaltung/ Straßenbeleuchtung
- Unterhaltung der öffentlichen Spielplätze

Wir erwarten eine engagierte, fachkundige, verantwortungsbewusste und entscheidungsfreudige Persönlichkeit. Sie muss selbständig, zielstrebig und leistungsorientiert arbeiten. Fundierte und anwendungsbereite EDV-Kenntnisse, insbesondere im MS- Office- Bereich, sind unerlässlich. Wünschenswert sind Kenntnisse mit GIS- Anwendungen. Spezielle Kenntnisse der kaufmännischen Software H&H werden vorausgesetzt.

Die/ der Bewerber/in muss über eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/r bzw. eine vergleichbare verwaltungstechnische bzw. immobilienwirtschaftliche berufliche Qualifikation verfügen. Erwartet werden fundierte Gesetzeskenntnisse im Grundbuch-, Wasser-, Umwelt- und Vertragsrecht. Von großer Bedeutung sind hohe kommunikative Fähigkeiten, Verhandlungsführung und -geschick

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, lückenloser Tätigkeitsnachweis) sowie mit detaillierten Ausführungen zu beruflichen Erfahrungen und Tätigkeiten zur Wahrnehmung der beschriebenen Anforderungen senden Sie bitte bis zum 25.02.2018 unter dem Kennwort "SB Liegenschaften" auf dem Postweg an die

Stadt Drebkau
Bau-, Haupt- und Ordnungsamt
Spremberger Straße 61
03116 Drebkau

oder per E- Mail an muth@drebkau.de.

gez. i.V. Menzel-Neumann

Allgemeine Stellvertreterin des Bürgermeisters

Mitteilungen anderer Behörden

Der Wasser- und Bodenverband "Oberland Calau" stellt zum 01. August 2018 2 Auszubildende für den Beruf

Wasserbauer /-in

ein.

Die dreijährige Ausbildung beinhaltet die berufstheoretische Ausbildung im Berufsbildungszentrum Kleinmachnow sowie die fachpraktische Ausbildung im Wasser- und Bodenverband "Oberland Calau" in Raddusch.

Anforderungen:

- Fachoberschulreife mit einem guten Abschluss
- Absolviertes Praktikum beim WBV "Oberland Calau" ab Kl. 9
- Ärztliche Bescheinigung für den Arbeitgeber "Erstuntersuchung nach § 32 Abs.1 Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)

Bewerbungen mit:

- 1. handgeschriebenem Lebenslauf
- 2. Passbild
- 3. beglaubigten Kopien der letzten beiden Schulzeugnisse

sind bis zum 29.03.2018 zu richten an:

Wasser- und Bodenverband "Oberland Calau" Raddusch Lindenstraße 2 03226 Vetschau/Spreewald

Hinweis

Wir bitten um Verständnis, dass aus Kostengründen Bewerbungsunterlagen nur zurückgeschickt werden können, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigefügt ist.

gez. Schloddarick

Ende der Mitteilungen anderer Behörden